

Ein junger Blick auf Europa – Kommentare zur Europawahl 2009

*Die inhaltliche Verantwortung für die Beiträge zum „Jungen Blick auf Europa“ tragen die Autorinnen und Autoren. Die geäußerten Meinungen müssen nicht in jedem Fall der Meinung der Friedrich-Ebert-Stiftung entsprechen.

Anne Wagenführ: Der Vertrag von Lissabon – Zum aktuellen Stand des Ratifizierungsprozesses



Anne Wagenführ (*1985) studiert in Münster und Lille den deutsch-französischen Doppeldiplomstudiengang Politikwissenschaft. Sie schreibt regelmäßig Artikel für die Internetplattform www.dieeuros.eu, zu deren deutschsprachiger Redaktion sie gehört. Außerdem ist sie Verantwortliche des Vereins „Visions d’Europe“ in Münster, einer studentische Initiative, die zum Ziel hat, die Diskussion über Europa anzuregen. Sie ist Stipendiatin der FES in der Grundförderung.

Freitag, der 13. Juni 2008: Der Euro knickt ein, EU-Befürworter stöhnen auf und man fühlt sich merkwürdig an den 29. Mai 2005 zurückerinnert. Damals hatten zunächst Frankreich und dann die Niederlande den Verfassungsvertrag in einem Referendum abgelehnt. Doch diesmal ist es das als Musterschüler der EU geltende Irland, das mit einem negativen Referendum den durch den EU-Reformvertrag repräsentierten Ausweg aus der europäischen Krise blockiert.

Erwartungen an den Lissabonvertrag

Durch den EU-Reformvertrag, auch Vertrag von Lissabon genannt, erhoffen sich viele eine entscheidungs- und handlungsfähigere, aber auch demokratischere Europäische Union, die den an sie gestellten Anforderungen in einer globalisierten Welt besser gerecht werden würde. Doch gerade die direkte Demokratie wurde dem Vertrag von Lissabon nun zum Verhängnis.

Das irische „Nein“

Irland ist der einzige Mitgliedsstaat, in dem die Staatsbürger aufgrund der Verfassung über den EU-Reformvertrag abstimmen mussten. Das scheinbar Unglaubliche: 53,4 Prozent, bzw. 862.415 Iren, haben ausgereicht, um einen Vertrag scheitern zu lassen, der

für fast 500 Millionen Menschen gelten sollte und für dessen Kompromiss man lange gebraucht hatte. Ein einziges „Nein“ genügte, um das für den 1.1.2009 geplante Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon in weite Ferne rücken zu lassen. Dennoch entschied man sich dafür, den Ratifizierungsprozess in den anderen EU-Mitgliedsstaaten fortzusetzen.

Garantien für Irland und eine erneute Abstimmung

Inzwischen hat man die vernünftige Option gewählt, Irland gewisse Garantien zuzugestehen, um anschließend die Bevölkerung erneut abstimmen zu lassen. Schon im Dezember 2008 machte der französische Präsident Sarkozy, zu diesem Zeitpunkt EU-Ratspräsident, einen den Iren entgegenkommenden Vorschlag: Es würden weiterhin alle EU-Mitgliedsstaaten einen Kommissar stellen und Irland erhalte rechtliche Garantien in den Bereichen Steuerpolitik, Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie soziale und ethische Fragen, wie beispielsweise dem irischen Abtreibungs- und Familienrecht.

Nun soll Irland eventuell sogar schon im kommenden Juni, gleichzeitig mit den Europawahlen, erneut abstimmen. Es wird vermutet, dass die Wirtschaftskrise den Iren ein „Ja“ abringen wird, da ein erneutes „Nein“ einem Austritt Irlands gleichkäme und dies angesichts der schwierigen Lage nicht im irischen Interesse wäre. Dennoch bleibt auch der zweite Wahlausgang ungewiss.

Keine zweiten Referenden in Frankreich und den Niederlanden

In Frankreich und den Niederlanden hat man dagegen nach den negativen Referenden im Jahr 2005 zu dem Verfassungsvertrag ein erneutes Referendum zum Vertrag von Lissabon umgangen. Dies wurde häufig kritisiert, und viele forderten ein neues Referendum über den EU-Reformvertrag, der sich ihrer Meinung nach nur geringfügig von dem von ihnen abgelehnten Verfassungsvertrag unterschied.

Probleme in Polen, der Tschechischen Republik und Deutschland

Doch Irland bleibt nicht das einzige Problem. Auch Polen, die Tschechische Republik und selbst Deutschland haben den EU-Reformvertrag noch nicht ratifiziert. Zwar haben das tschechische Parlament und der Senat dem Vertrag inzwischen zugestimmt, aber die Unterzeichnung durch Staatspräsident Klaus steht noch aus. Obwohl die Tschechische Republik zur Zeit die EU-Ratspräsidentschaft inne hat, ist ihr Staatspräsident,

Václav Klaus, alles andere als ein überzeugter Europäer. In Deutschland wartet der Bundespräsident vor der Ratifizierung noch auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das sich wegen des Reformvertrags mit zahlreichen Klagen konfrontiert sieht, und dessen Urteil frühestens für April erwartet wird.

Vertragstext unbekannt?

Bei allen negativen Referenden gaben auch einige EU-Bürger zu, mit „Nein“ gestimmt zu haben, da sie den Vertrag nicht verstanden haben. Bei wem liegt in diesem Fall die Schuld? Haben die Bürger sich nicht ausreichend informiert, oder haben es die Politiker versäumt, die Inhalte des Vertrags in einer verständlichen Form zu erklären? Fest steht, dass es für die Vertragsgegner einfacher war, gewisse Teile der Bevölkerung mit falschen Argumenten zu überzeugen, da diese den wirklichen Inhalt des Textes nicht kannten.

Kritik am Lissabon-Vertrag

In allen Staaten, auf allen Ebenen, werden nationale Souveränitätsverluste, das Demokratiedefizit der EU, ein Absinken des Grundrechtsstandards, etc. kritisiert. Und schaut man sich die Länder an, in denen Referenden wiederholt oder schließlich umgangen wurden, bleibt tatsächlich ein bitterer Beigeschmack.

Verdrängt die Krise den EU-Gedanken?

Gerade in den aktuellen Krisenzeiten scheinen die europäische Idee und die Vorteile der EU ganz weit hinten in den Köpfen zu sein, während nationaler Protektionismus, nationale Arbeitslosenzahlen, nationale soziale Probleme, etc. im Vordergrund stehen. Zwar gibt es Ansätze einer europäischen Krisenstrategie, doch diese scheinen im Verhältnis zum Ausmaß der Krise eher verhalten. Die Staats- und Regierungschefs der EU scheinen gegenüber ihrer Bevölkerung zur Zeit alles andere als beispielhafte Europäer zu sein. Würde die Situation heute anders aussehen, wenn der EU-Reformvertrag schon in Kraft wäre?